

Das Heer, das so gut wie gar nichts kosten darf

Gastkommentar. Die Philosophie hinter der neuen österreichischen Verteidigungsstrategie lautet: „Wir sehen derzeit keinen Feind und wir wollen auch in Zukunft keinen sehen.“ Sehr bequem - aber nur, solange Nato und EU funktionieren.

VON ERICH REITER

Bevor die nächste „Reform“ – sprich weitere Schmälerung – des Bundesheers durchgewinkt wird, müsse man jene Vorgaben haben, die Aufgaben und Fähigkeiten der Streitkräfte definieren. Dieser scheinbar seriösen Vorgabe der Regierungspolitik soll die Strategie „Verteidigungspolitik“ entsprechen, die vor Kurzem fertiggestellt wurde. Dieses Papier hat durchaus einen intellektuellen Anstrich, verfügt über kluge Formulierungen und einzelne Kapitel, die auch sinnvolle Aussagen (etwa über die Risikolage) haben. Insofern entspricht es durchaus dem bisher hohen Niveau sicherheitspolitischer Papiere in Österreich.

Wer aber konkrete Vorgaben und konkrete Aufgabenstellungen sucht, wird enttäuscht. Ganz pauschal und ohne jede Erläuterung wird bloß ausgeführt, dass zur Erfüllung des Auftrags – der leider nur sehr ungenau beschrieben wird – 55.000 Soldaten erforderlich seien, darunter 1100 Soldaten als Dauerleistung für den Auslandseinsatz und 12.500 Mann aus dem Präsenzstand für Katastropheneinsätze im Inland.

Was in der Strategie alles fehlt

Auf eine Erklärung, woraus und wie sich diese Truppen zusammensetzen, wird verzichtet. Es fehlt auch jeder Hinweis darauf, wie diese Truppen bewaffnet und ausgerüstet sein sollten. So können natürlich auch keine finanziellen Erfordernisse festgeschrieben werden. Denn, dass das Bundesheer (fast) nichts kosten darf, war sicher eine eherne Vorgabe für die Verteidigungsdoktrin.

Auf den Zustand des Bundesheers, vor allem auf seine militärischen Fähigkeiten, wird überhaupt nicht eingegangen. Das wäre auch ernüchternd. Das Bundesheer verfügt nicht nur über fast keine der modernen Kriegsführung entsprechende Ausrüstung und Bewaffnung, es beherrscht auch seit mindestens eineinhalb Jahrzehnten den Kampf der verbundenen Waffen, also das Zusammenwirken der verschiedenen Waffengattungen, nicht mehr.

So fehlt beispielsweise unseren erstklassigen und teuren Eurofightern die entsprechende Ausstattung, um als Kampfflugzeuge zu funktionieren (ein „Einsparungser-



folg“ des früheren Ministers Norbert Darabos, SPÖ), sie dienen bei uns lediglich als Überwachungsflugzeuge im Luftraum. Es fehlen Abstandslenk Waffen und Präzisionsmunition, Lenk Waffen mit Radarzielsuchkopf, Aufklärungsdrohnen für größere Höhen ebenso wie taktische Aufklärungsdrohnen, Elektronik zur taktischen Funkaufklärung, Störsender, Sensoren zur Artillerieortung, elektrooptische Überwachungssensoren, und es fehlen Kampfhubschrauber.

Gar nicht zu reden von Angriffsdrohnen und unbemannten Flugkörpern, Flugabwehrsystemen gegen taktisch-ballistische Raketen oder Marschflugkörper, Aufklärungssatelliten oder fliegenden Leit- und Gefechtsständen.

Umbau in Assistenzheer

So folgt die Strategie – geradezu logisch zwingend – der in der Praxis der Regierungspolitik entwickelten Maxime, das Bundesheer von einem militärisch bestimmten Einsatzheer zu einem paramilitärischen Assistenzheer umzubauen. Also keine Vorbereitung auf den Eventualfall Landesverteidigung, sondern nur noch Unterstützung der zivilen Behörden zur Aufrecht-

erhaltung der Ordnung und zur Hilfeleistung bei Elementarereignissen und Unglücksfällen außergewöhnlichen Umfangs.

Dass man dazu eigentlich kein Militär bräuchte, ist in ganz Europa unstrittig. Bei uns ist es aber die Lebenslüge für die Aufrechterhaltung des derzeitigen, auf der Wehrpflicht beruhenden Heeressystems.

„Unsere“ Wehrpflicht besteht ja darin, dass jährlich ca. 21.000 Mann (von 47.000 Stellungspflichtigen, der Rest sind Zivildienstler und Untaugliche) für sechs Monate einberufen werden. Ein kleiner Teil davon wird einer (ziemlich guten) militärischen Ausbildung zugeführt, die Masse erfüllt Aufgaben als Systemhalter. Am Ende ihrer Ausbildung, also wenn man sie als Soldaten bezeichnen könnte, rüsten sie ab und kehren nie mehr wieder – abgesehen von jener kleinen Minderheit, die sich zu freiwilligen Milizübungen bereiterklärt.

Diese Wehrpflicht bringt also keine Soldaten und hat auch die Miliz de facto zerstört, weil Milizübungen nur mehr auf freiwilliger Basis erfolgen, seit sie vom damaligen Verteidigungsminister Günther Platter (ÖVP) durch die Wehrdienstzeitverkürzung von acht auf

sechs Monate (früher zwei Monate für Milizübungen) faktisch abgeschafft wurden. 20.000 Mann – und zwar in vorbereiteter militärischer Organisation – sollte die Miliz für die vorhin genannte Gesamtstärke der Truppen im Ernstfall stellen.

Ausbleibendes „Fußvolk“

Dazu müssten sich jährlich 3000 bis 4000 Mann neu zu den freiwilligen Milizübungen verpflichten; es waren aber in den vergangenen Jahren nur zwischen 600 und 1100. Milizverbände können nur eingesetzt werden, wenn sie regelmäßig Übungen machen und wenn sie die vorgesehene Organisations-

DER AUTOR



Hon.-Prof. Dr. Erich Reiter (* 1944 in Fürstenfeld) ist Präsident des Internationalen Instituts für Liberale Politik Wien und Hon.-Prof. für Internationale Beziehungen an der Uni Graz. Zuvor war er Beauftragter des Verteidigungsministeriums für strategische Studien und mehrere Jahre Mitglied des Nationalen Sicherheitsrats.

struktur einnehmen können. Die noch stattfindenden Übungen dienen nicht mehr der Einsatzfähigkeit der Miliz, weil zwar Offiziere und auch Unteroffiziere kommen, aber das „Fußvolk“ weitgehend ausbleibt. Das Strategiepapier spricht daher auch von „strukturierter“ Miliz, die einen neuen Grundauftrag erhalten soll. Was immer das auch heißt, es ist das indirekte Eingeständnis, dass die organisierte Miliz für Einsätze kaum noch vorhanden ist.

Bei 21.000 Präsenzdienern im Jahr (jeweils zur Hälfte anwesend) und über 15.000 Berufs- und Zeitsoldaten könnte das Bundesheer derzeit vielleicht 3000 Mann mit völlig unzureichender Ausrüstung ins Feld schicken. Dazu käme noch ein bisschen Miliz. Aufgrund der geplanten Reformen werden es noch weniger werden.

Was schon Spannocchi wusste

Amüsant wird das Strategiepapier, wenn darin von zeitgemäßer Neuausrichtung der militärischen Landesverteidigung auf nicht konventionelle Bedrohungsbilder die Rede ist. Kernaufgabe sei nicht mehr die „Panzerschlacht im Marchfeld“. Das wusste freilich schon der 1992 verstorbene General Emil Spannocchi. Nach dessen Vorgaben wurde in den 1970er-Jahren jener Landesverteidigungsplan erarbeitet, der die Vermeidung einer solchen Schlacht durch eine Abhaltestrategie im Sinne einer schwierigen Berechenbarkeit des Bundesheereinsatzes im Kriegsfall vorsah.

Aber damals war noch klar, dass man im Ernstfall Waffen und Soldaten braucht und nicht eine Strategie, die in Einsatzwahrscheinlichkeiten denkt. Denn ob und wann der Krieg kommt, das weiß man vorher eben nicht.

Die Philosophie hinter unserer Verteidigungsstrategie lautet wohl: Wir sehen derzeit keinen Feind und wir wollen auch in Zukunft keinen sehen. Wenn die EU und vor allem die Nato weiterhin funktionieren, werden wir mit unserer nur symbolischen Landesverteidigung weiterhin ganz gut leben können. Unser relativ kleinstes Verteidigungsbudget in Europa kann man so aufrechterhalten. Aber warum überhaupt ein Verteidigungsbudget, wenn die Regierung gar keine Verteidigungsfähigkeit will?

E-Mails an: debate@diepresse.com

PIZZICATO

Braunschlag

Amerika entdeckt den ORF. Das Twentieth-Century-Fox-Studio plant für nächstes Jahr ein US-Remake der TV-Satire „Braunschlag“. Noch nicht ganz geklärt ist, wer jene Rolle spielen wird, die dem Landesgeschäftsführer der ÖVP Niederösterreich auf den Leib geschneidert wurde.

„Braunschlag“ soll aber nicht die einzige TV-Innovation in den USA sein. Auch ein anderes Format wurde eingekauft, um boomenden Polit-Serien wie „House of Cards“ den Garaus zu machen: „Die Landeshauptleutekonferenz“ nennt sich diese Serie aus Österreich. Ein fesselnder Mix aus Macht, Intrigen und kantigen Charakteren. Dieser hebt sich auch wohltuend von „Braunschlag“ ab, das laut seinem Erfinder, David Schalko, auf urösterreichischen Themen wie „Gier, Korruption, Katholizismus und Alkohol“ aufbaut. Und „Die Landeshauptleutekonferenz“ trägt auch dem Nachkriegszeit-Revival im TV Rechnung – lauter ältere Männer.

Weitere Produktionen aus Österreich, die es in den USA schaffen könnten: Die Teenie-Serie „Cannabis(s) zum Ende – die Neostory“, das Drama „Werner allein im Gemeindebau“ oder die Verwechslungskomödie „Mr. Frank und die Wut-Oma“. Nur für „Django unchained“ müssen noch die Rechte geklärt werden. So etwas Ähnliches gab es nämlich schon einmal: „Spindi entfesselt“. (oli)

Reaktionen an: oliver.pink@diepresse.com

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:
Die Presse, Hainburger Straße 33,
A-1030 Wien oder an
leserbriefe@diepresse.com

Beim Flughafen ist Wien anders

„20 Jahre: Was von der Ära Häupl bleiben wird“ und „Flughafen muss Ex-Manager bezahlen“, 7. 11.

Als häufiger „Nutzer“ des Flughafens Wien Schwechat habe ich in der Bilanz der Ära Häupl eigentlich erwartet, auch ein wenig zum Thema Skylink zu lesen – immerhin fast Verdoppelung der Kosten, mögliche Finanzskandale etc. Da war nichts, obwohl es beispielsweise im Punkt sechs des „Presse“-Artikels „Das Zeitalter der Landesfürsten“ einiges Bemerkenswertes geben hätte können. Aber es ist wohl so: Wien ist anders!

Berichtet wurde nur über die „Entlastungen“ der ehemaligen Vorstände und nicht über die wirk-

lichen Missstände. Um Missverständnisse zu vermeiden: Ich halte Wien für eine hochattraktive spannende Stadt. Aber beim Flughafen „ist das anders“. Über die finanziellen Geschehnisse rund um den Flughafen weiß ich nicht genug, dafür aber umso mehr über diesen Flughafen aus der Sicht des Nutzers.

Dieser Flughafen ist ein Skandal: (Fast) alles in Schwarz gehalten, damit sich die Passagiere immer der Tatsache bewusst sind, was sie erwarten könnten. Eng bis zum Gehtnichtmehr. Ich wünsche es dem Flughafen nicht, aber wenn wirklich einmal etwas passiert – Feuer? – dann passiert mit Sicherheit sehr viel. Auf den permanent auf- und abführenden Rolltreppen hat ein „dicklicher“ Passagier Platz, aber nicht mehr. Und dass es nach Flügen in immer längeren und immer engeren Flugzeugen nach der Landung den Bedarf nach einer Toilette gibt, sollte offenkundig sein. Nicht in Wien. Hier heißt es, wenn man wirklich ein Örtchen findet, wieder anstellen. Aber was soll's. Quasi als Entschädigung für

in jeder Beziehung „offene Räume“ – man könnte sich ja einmal den Flughafen München an- und sich davon etwas anschauen – darf man als Transitpassagier (aus dem Nicht-Schengen-Raum?) ein zweites Mal durch die Sicherheitskontrolle; mit „charmantem“, der deutschen Sprache nicht wirklich mächtigem „Sicherheitspersonal mit Obrigkeitshabitus“. Das gibt es meines Wissens sonst weltweit nirgends. Aber „Wien ist anders“.

Univ.-Prof. Dr. Reinhard Rack, Graz

Mehr Altersnewcomer ins Parlament

„Warum keine Altersquote?“, GK von Herbert Vytiska, 14. 11.

Wie recht Vytiska mit seiner Kritik am Fehlen von Altersvertretern im Parlament, überhaupt in den gesetzgebenden Körperschaften doch hat! Während die demografische Entwicklung genau in die Gegenrichtung zeigt, rühmen sich Parteisekretäre oftmals nach Wahlen der Verjüngung ihrer Parlamentsklubs. Jüngere Vertreter in die